



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Jürg Wiedemann, Grüne:
Sondermüllaufbereitungsanlage in Grenzach**

Autor/in: [Jürg Wiedemann](#)

Mitunterzeichnet von: Christof Hiltmann (FDP), Claudio Botti (CVP), Regula Meschberger (SP)

Eingereicht am: 24. Januar 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Rund 2 km oberhalb des Staubeckens des Kraftwerks Birsfelden plant die Firma Zimmermann in Grenzach auf dem Areal von BASF eine Sondermüllaufbereitungsanlage für feste und flüssige Abfälle. Das Abwasser aus der Anlage wird direkt in den Rhein eingeleitet. Etwas weiter Fluss abwärts entnimmt die IWB das Trinkwasser für einen Teil der Bevölkerung der Agglomeration Basel. Das Wasser, welches durch Leitungen in die Langen Erlen geführt und dort mittels Aktivkohlefilteranlage gereinigt wird, versorgt zeitweise auch Gemeinden im Birstal, welche somit direkt betroffen sind.

Der Widerstand aus der Schweiz gegen den geplanten Bau wächst: Das AUE Basel stufte gemäss Basler Zeitung die Anlage als "beachtliche Gefahr" ein. Jürg Hofer (AUE Basel-Stadt) bezeichnet die Sondermüllanlage als "nicht harmlos" und WWF erhob eine Einsprache gegen den Bau der Anlage. Auch die IWB äusserten erhebliche Bedenken. Die kurze Distanz zwischen dem Einlauf des Abwassers aus der Sondermüllaufbereitungsanlage und der Entnahmestelle des Trinkwassers für über 200'000 Menschen birgt ein erhebliches Risiko, wenn kontaminiertes Abwasser den Rhein verschmutzt. Es ist fraglich, ob bei einem Störfall die Zeit reicht, um die Trinkwasserversorgung aus den Langen Erlen abzuschalten.

Ich bitte den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Bedenken des AUE Basel, der IWB und des WWF gegen den Bau der Sondermüllaufbereitungsanlage in Grenzach?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass in einer Grossagglomeration und in kürzester Entfernung zu Trinkwasseranlagen eine Sondermüllaufbereitungsanlage für gefährliche Substanzen gebaut werden soll.
3. Welche Interventionsmöglichkeiten sieht der Regierungsrat, um das potenzielle Risiko des Trinkwassers von über 200'000 Menschen aus der Region zu mindern.